



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Pettzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verjammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

In Front.

Der Aufmarsch unserer Mitglieder ist nahezu beendet. Bis in die kleinsten Orte ist der Ruf des Verbandsvorstandes gebrungen und überall leisteten die Kollegen und Kolleginnen den Aufforderungen der Funktionäre willig Folge. In den meisten Fällen war es nicht einmal nötig, die Mitglieder aufzurufen, sie kamen von selbst, der Alarmruf der Unternehmer hatte sie schon auf die Beine gebracht. Aus allen Zahlstellen werden gut besuchte Versammlungen gemeldet, die zu imposanten Kundgebungen gegen die Absichten der Unternehmer wurden. Aus den Berichten an den Verbandsvorstand spricht heile Freude der Zahlstellen- und Gauleiter über die Regsamkeit und Latbereitschaft der Mitglieder. Die fast in jedem Bericht ausgesprochene Genehmigung über die ungewollte Hilfe der Unternehmer bei der Organisationsarbeit hat auch der Verbandsvorstand. Eigentlich hat ja nicht die Verbandseitung, sondern die Unternehmerorganisation die Hilfsarbeiterschaft mobil gemacht, die nun vollzählig angetreten ist und den Unternehmern mit wünschenswerter Deutlichkeit zu verstehen gibt, daß sie nicht mit sich spaßen läßt. An den „Erfolg“ ihres Vorgehens werden die Unternehmer bestimmt nicht gedacht haben.

Die Unternehmer — wenigstens die im Buchdruckgewerbe — tun so, als ob sie die Sache gar nicht so ernst nähmen. Sie leisten sich neulich in ihrer „Zeitschrift“ einen kleinen Scherz, den wir ihnen bestimmt nicht übel nehmen, beweisen sie doch, daß sie noch Humor haben. Sie schreiben da nämlich über die „Mobilmachung der Hilfsarbeiter“ und verweisen dabei auf die allerorts einberufenen Protestversammlungen des Hilfspersonals, die „gebarnteste Entschlüsse ankommen“ haben. Zum Schluß meint das Blatt dann: „Wir unerfährten können den Vertretern der Hilfsarbeiter nur zurufen: Dange machen gilt nicht!“ Wir glauben gerne, wissen es sogar, daß die Unternehmer keine ängstlichen Leute sind, wir haben auch keine Absicht, ihnen Angst einzujagen, aber ebensovient liegt es in unserer Art, so einen kleinen Theaterdonner zu machen, mit denen man harmlosen Gemütern etwas vorläßt. Harmlos sind die Herren vom DGB, auf keinen Fall.

Die Kündigung des Lohnabkommens für die Hilfsarbeiter, das bekanntlich Ende Februar abläuft, ist nun auch von den Unternehmern eingegangen, um, wie sie sich ausdrücken, keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Gewiß ist das nur eine reine Formsache, über die sich niemand aufregen wird. Da aber das Lohnabkommen mit den Gehältern wahrheitsgemäß verlängert wird — das Organ des Gutenbergsbundes „Der Typograph“ wollte das sogar vor acht Tagen schon ganz genau wissen —, sehen wir, daß die Unternehmer bei den Hilfsarbeitern nichts außer acht lassen wollen, um von jeder Bindung freizukommen. Sie möchten schließlich das ganze Vertragsverhältnis mit den Hilfsarbeitern völlig umtrempeln. Na, vorläufig sind wir ja auch noch da und gebeten sogar ein recht langes und gesundes Leben zu führen. Wenn die Unternehmer weiter mit dem Feuer spielen, werden sie sich am Ende eilig die Finger verbrennen.

Die Kundgebungen der Kollegschaft, von denen wir einige in dieser Nummer bringen, sprechen eine beredete Sprache. Es ist gut so, wenn die Mitglieder selbst das Wort nehmen und mit ihrer Meinung nicht zurückhalten. Die Unternehmer können bestimmt damit rechnen, daß den Worten gegebenenfalls auch die Taten folgen werden. Der Ausgang der Bewegung kann bei der jetzigen Einstellung des Hilfspersonals nicht mehr zweifelhaft sein. Vielleicht dümmert das auch den Unternehmern.

Der DGB zum Volksentscheid.

Der Bundesauschuß legte am 8. Februar in Berlin und hat sich in dieser Sitzung mit dem Antrag der Arbeiterparteien auf entschuldigungslose Entzignung der Fürsten eingehend beschäftigt. Die Gründe, die den Bundesvorstand veranlaßt haben, die Vermittlungsaktion zwischen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zu übernehmen, um eine einheitliche Stellungnahme der werttätigen Bevölkerung gegen die maßlosen Forderungen der Fürsten herbeizuführen, sind bereits bekannt. Im Bundesauschuß wurden die entscheidenden Gesichtspunkte für die Durchführung des Volksbegehrens noch einmal behandelt.

Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterchaft und weit über diese Kreise hinaus im ganzen Volke leidenschaftliche, tief-

Aufruf für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar/März 1926 durchzuführen.

Von den Ortsauschüssen des DGB und den Ortsstellen des AFA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen,

an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 BRG. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauefens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl, sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte, sind die Beschlüsse des Gewerkschaftstages in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419 bis 420) und die Richtlinien des AFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist

unter allen Umständen zu unterlassen,

in verschleiierter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

beredigte Empörung hervorgerufen. Die Forderungen stehen überdies in trassem Mißverhältnis gerade zu der jetzigen Notlage, in die weite Kreise des Volkes, vor allem aber die Arbeiterchaft, durch die Wirtschaftskrise gestürzt worden sind. Die allgemeine Not hätte auch die Fürsten zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Forderungen aus vaterländischen Gründen bestimmen müssen. Tatsächlich sind sie zu keinerlei Opfer, auch nicht zu dem geringsten Verzicht, bereit gewesen. Die Volksbewegung für die entschuldigungslose Entzignung ist die Antwort auf diese ebenso selbstsüchtige wie beschämende Haltung der einseitigen Beherrscher des deutschen Volkes.

Aus der Aussprache der Verbandsvertreter im Bundesauschuß war zu entnehmen, daß sich die Gewerkschaften für das Volksbegehren und den Volksentscheid nachdrücklich einsetzen werden. Dabei kam auch zum Ausdruck, daß jeder Mißbrauch dieser Aktion zu durchsichtigen Parteimännern auf das entschiedenste betämpft werden wird. Über die neuen Bundesgenossen beim Volksentscheid äußert sich der DGB, an anderer Stelle. Die Mitglieder mögen da nachsehen, daß es leider eine Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten nicht geben kann. Niemand bedauert das mehr als die Gewerkschaften. Wir erkennen immer und überall wieder, daß diese Vertreter werttätiger Schichten für eine Einheitsfront mit den Gewerkschaften absolut ungeeignet sind. Darum trifft der nachstehende Beschluß des Auschusses auch das Richtige. Die Führung in diesem Kampf haben die politischen Parteien, da es sich beim Volksentscheid um eine rein politische Angelegenheit handelt, die die Gewerkschaften natürlich nicht ignorieren können und wollen. Der Bundesauschuß legte seine Stellungnahme in folgender Entschlieung nieder:

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind einheitlich in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sämtlicher deutscher Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmüdigkeit der Belegschaften festgestellt worden. Diese Beobachtungen decken sich mit denjenigen der Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von ihrem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch machen und sich infolge dessen auch ihrer großen Rechte hieraus freiwillig begeben. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angeichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingeseht, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Arbeitsurlauben und von Kurzarbeit, sowie bei geplanten Betriebsstilllegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher

unbedingte Pflicht,

nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schulplos sind.

Runmehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Berlin, den 1. Februar 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

(DGB.)

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

(AFA-Bund.)

„Der Bundesauschuß billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesekentwurfes für eine Volksabstimmung über die entschuldigungslose Entzignung der Fürsten. Der Auschuß erkennt an, daß es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Auschuß fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um dem Volksbegehren und gegebenenfalls dem Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolg zu verhelfen. Für die Aufbringung der erforderlichen Mittel empfiehlt der Bundesauschuß den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Auschuß allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht macht.“

Weiter beschäftigte sich der Bundesauschuß mit der Wirtschaftslage. Die Bemühungen des DGB, um Milderung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsgelegenheit werden fortgesetzt werden. Mit behördlichen Stellen und den Unternehmern haben deshalb Verhandlungen stattgefunden, die die „Frankfurter Zeitung“ veranlaßt haben, von einer Wieder auf richtung der Arbeitsgemeinschaft zu schreiben. Das genannte Blatt hat sich geirrt. Die Vertreter des DGB haben von der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft überhaupt nicht gesprochen. Die Gewerkschaften werden alles daran setzen und sind ständig bemüht, die Not der durch die Wirtschaftskrise schwer leidenden Mitglieder zu lindern. Als Erfolg kann bereits die Zusage der Regierungsstellen auf Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung gebucht werden.

erwartenden Volkswirtschaftsbedingnisse hingewiesen hatte und noch einige Beschlässe lokaler Natur erledigt waren, fand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Chemnitz. Auch das Chemnitzer Hilfspersonal ist entschlossen und bereit zum rücksichtslosen Kampf gegen die Herren Buch- und Stein-druckereibesitzer mit ihren Ansichten gegen das Hilfspersonal. Dieser Wille kam so recht deutlich zum Ausdruck in unserer Generalversammlung am 2. Februar, die sehr stark besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Zimel, gab in zirkulardreierstündiger Rede einen ausführlichen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Redner kam zu dem Resultat, daß gegenwärtig fasttäglich die Arbeiterklasse wirtschaftlich entzweit ist. Zum Beweis führte er einige recht drastische Beispiele an. Er schilderte dann die gegenwärtige Situation für das Hilfspersonal. Die heutige Versammlung bietet Gewähr dafür, daß die Kollegenschaft bereit sei, einen uns aufgezwungenen Kampf mit Erfolg zu beenden. Redner ging dann auf die Tätigkeit der Ortsverwaltung und der Zahlstelle Chemnitz näher ein. Er schilderte die Mißstände der Gewerkschaften. Die Zahl der Kranken- und Arbeitslosentage im Jahre laufe die soziale Not und das Elend der Arbeiter erkennen; sie zeige uns den Bankrott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In den Zahlen der verkauften Waren komme die praktische Gewerkschaftstätigkeit der Unfertiger zum Ausdruck. Für ihre aufopfernde Tätigkeit sprach der Vorsitzende den Unfertiger seinen Dank aus. Auch im begangenen Geschäftsjahr müssen alle auf ihrem Posten bleiben im Interesse der Allgemeinheit. Seine Ausführungen zum Geschäftsbericht endeten mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, dafür zu wirken, daß jedes Gewerkschaftsmitglied auch ein moderner Klassenkämpfer werde.

Dem Geschäftsbericht folgte eine längere, jedoch sachliche Aussprache, an der sich mehrere Kollegen beteiligten. Nur ganz Verwöhnte können behaupten, daß sich die Aussprache nicht im Rahmen der Sachlichkeit bewegt habe. Der Vorstand, die Revisoren und die Vertreter im graphischen Kartell wurden wiedergebühret. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution, die scharf und deutlich die entscheidungsfähige Entsendung der Fürsten und Durchführung des Volkswirtschafts fordert, fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende vom Buchbinderverband, Kollege Miering, wies auf die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsräte-wahlen hin, und unser Vorsitzender machte zum Schluß noch darauf aufmerksam, daß in allernächster Zeit in Anbetracht der Situation eine allgemeine Funktionalisierung und eine Mitglieder-versammlung stattfinden würde. Die Stellung zur Tariffindung nehmen soll.

Dresden. Am 26. Januar tagte in den Innenräumen eine derartig stark besuchte Mitglieder-versammlung, daß selbst die zur Verfügung stehenden großen Räume nicht ausreichten, die erschienenen 1500 bis 1600 graphischen Hilfsarbeiter zu fassen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erstattete Kollege Herrmann Bericht über die beiderseitigen Rückstellungen des Reichstags und des Abkommens für das Stein-druckergewerbe. Beginnend mit dem Satz: „Es ist ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und nur das Gute schafft“, wies er darauf hin, daß diese Versammlung der beste Auftakt sei zu dem Anfechten der Prinzipale und daß durch das so zahlreich Erzielene der beste Beweis abgelegt wird, daß bei Lohn- und Tariffragen die graphische Hilfsarbeiter kein Scherz versteht. Den Unternehmern können wir nur äußerst dankbar sein; denn durch ihre Forderungen kommt das Organisationsleben wieder einmal in Wallung, und so manches gleichgültige Mitglied wird aus dem schon so lange anhaltenden Komaturschlaf geweckt. In längeren Ausführungen streifte er die Taktik der Unternehmer, welche auf einen — Preisabbau durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung hingen. Exportunfähigkeit, Absatzstörungen auf dem Inlandsmarkt, Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Auslande, an allem sind die zu hohen Löhne der Arbeiter schuld. Die Löhne der ausländischen Arbeiter und deren Lebenshaltung mit denen des deutschen Arbeiters vergleichend, erörtere der Redner den Beweis, daß durch die schlechte Entlohnung und allzu große Anspruchshaltung der deutschen Arbeiter den Unternehmern hohe Milliarden-gewinne und Dividenden zugeflossen sind. Eine Besserung des Wirtschaftslebens ist nur möglich durch Umstellung der Produktion, gerechtere Entlohnung und normale Arbeitszeit. Darum ist es höchste Pflicht der graphischen Hilfsarbeiter, sich fester ihrer Organisation anzuschließen, aufzuklären, wo es nötig und den Weisungen ihrer Gewerkschaft Folge zu leisten. Kollege Herrmann wies auf die Bedeutung des Reichstags hin; er teilte mit, daß der Ablauftermin des Gehaltstarifs bis Ende Mai verlängert ist. Die Begründung der Prinzipale, der Hilfsarbeitertarif sei für sie nicht mehr tragbar, bezeichnet er als fabelhaftig. Wenn die Buchdruckunternehmer glauben, durch die Verlängerung des Gehaltstarifs das Hilfspersonal zu schwächen und müde zu machen, sollen sie kein Glück haben. Nun erst recht werden wir den Kampf um den Reichstags aufnehmen und zu unseren Gunsten entscheiden. Für die Steindruckbetriebe läuft das Abkommen am 31. Januar ab. Auch hier lehnen wir jede Betriebsvereinbarung ab, um das Bestehende zu erhalten und besser ausbauen zu können. Die Mitglieder müssen ein wachsam Auge haben, vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Organisationsleitung über alle Betriebsvorgänge fort unterrichtet wird. Mit dem Ausspruch: „Vereinzelt sind wir nichts, vereint alles“, schloß er seine unter reichem Beifall aufgenommenen vortrefflichen Ausführungen. In der Diskussion zeigten alle Redner, daß sie sich der bevorstehenden Situation voll bewußt sind und schlossen sich den Ausführungen des Referenten an. Einige irrtümliche Auffassungen stellte Kollege Herrmann im Schlußwort richtig. Ihren Willen brachten die Anwesenden durch folgende Resolution zum Ausdruck:

„Die am 26. Januar 1926 in den überfüllten Innenräumen versammelten graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Dresdens stehen in ihrer Gesamtheit hinter dem Referat des Galleiters Franz Herrmann. Die Anwesenden nehmen von den Tariffindungen der Buch- und Stein-druckprinzipale und den geplanten Verschlechterungen mit Enttäuschung Kenntnis und geloben, nichts von den Errungen-schaften der Tarife preiszugeben. Sie stehen in voller Geschlossenheit zur Organisation und sind stets bereit, sämtliche Anweisungen von dieser Seite Folge zu leisten.“

Von zwei weiter eingegangenen Anträgen wurde der angenommen, der sich schon mit der Resolution deckt. Dann gab Kollege Herrmann die Abänderungsanträge bekannt. Nach

reichlicher Aussprache fanden die Anträge mit einer Änderung auf weitere Erhöhung der Prozentätze einstimmige Annahme. Unter Gewerkschaftsmitgliedern wurde ein Antrag über ein Referat eines Rufstandsbelegierten, der schon das drittmal von der sogenannten graphischen Opposition eingebracht wurde, mit großer Majorität abermals abgelehnt. Dagegen fand ein anderer Antrag auf Ablehnung von Ueberstunden die volle Zustimmung. Kollege Täubrich gab die in so reichlicher Weise ausgefallene Weihnachtsfeieransammlung und deren Verteilung bekannt und sprach im Auftrage der Beschlenden der Mitgliedschaft den besten Dank aus. Nach Erledigung einiger Zahlstellenangelegenheiten hatte die von äußerst gutem Geiste getragene Versammlung in später Abend-stunden ihren Abschluß gefunden.

Eine weitere am 31. Januar abgehaltene Versammlung der Nacharbeiter in den Zeitungsbetrieben nahm von demselben ausführlichen Referat des Kollegen Herrmann mit größter Zufriedenheit Kenntnis. Auch hier erklärten sich die Anwesenden mit den Beschläüssen der Versammlung vom 26. Januar und der Organisation durch einstimmige Annahme der schon oben erwähnten Resolution vollständig einverstanden.

Kempen. Am Sonntag, den 24. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, die einen sehr guten Verlauf aufzuweisen hatte. Bei Beginn der Versammlung konnte Kollege Wegmann unseren Galleiter, Kollegen Lehmaier, sowie fünf Mitglieder der Zahlstelle Bundenberg und den Vorsitzenden vom Kaufbeuren, Kollegen Siene, als Gäste begrüßen. Nachdem der Jahresbericht sowie der Kassienbericht gegeben war, schritt man zur Neuwahl des Ausschusses, der nur eine Veränderung in der Zahl eines 2. Vorsitzenden und 2. Kassiers erfuhr. Nach der Wahl referierte Kollege Lehmaier über „Tarifbindung und Lohnabbau“. Das Referat ließ an Klarheit über die Pläne der Unternehmer nichts zu wünschen übrig. Die sachlichen Ausführungen des Referenten wurden von den Anwesenden mit Spannung verfolgt. Die darauffolgende Aussprache zeigte den einmütigen Willen, sich, wenn nötig, das Recht zu menschenwürdigem Leben zu erkämpfen. Unter keinen Umständen wird die Hilfsarbeiter-schaft sich Verschlechterungen des Tarifes gefallen lassen. In diesem Sinne schloß auch Kollege Wegmann nach Erledigung des Punktes „Verschiedenes“ die Versammlung.

Rendel. Unsere Versammlung am 25. Januar, zu der auch Nichtmitglieder eingeladen waren, war erfreulicherweise gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Kolcher, richtete die bringende Mahnung an die Kollegenschaft, in Anbetracht der ersten Lage sich mehr um das Gewerkschaftsleben zu kümmern, die „Soll“ recht aufmerksam zu lesen und durch festen Zusammenhalt das Errungene festzuhalten und weiter auszubauen. Sodann nahm das Wort der aus Köln anwesende Galleiter, Kollege Heilmann, zu seinem Vortrage: „Die Tarifbindung und unsere Lage.“ Kurz den Werdegang und das Errungene der Gewerkschaften streifend, schilderte Redner die brutale Ausbeutung durch das Kapital und das Bestreben der Arbeiterschaft, durch Zusammenschluß die Schwäche des einzelnen zu einer Macht anzuwaschen zu lassen. Die Tarifbindungen im Buch- wie Steindruck zum Zwecke einer Verschlechterung sind in Ausübung der heutigen Wirtschaftskrise und der Notlage der Arbeiterschaft nicht vom wirtschaftlichen Standpunkte, sondern aus nackter Profitgier erfolgt. Kollege Heilmann forderte auf, durch einiges Zusammenstehen Verschlechterungen abzuwehren, den Unorganisierten rief er zu: Wer jetzt noch abseits steht, begeht Verrat an sich selbst und der ganzen Arbeiterschaft. Hinein in den Hilfsarbeiterverband, Arm in Arm mit den zwei großen Bruderverbänden der Buch- und Steindruck, die größte Unterstützung zugeflossen haben, werden wir den Unternehmern die Zähne zeigen. Wir wollen nicht Verschlechterungen abwehren, wir wollen mehr dazu erobern. Deshalb: Vorwärts die Losung, hinein in den graphischen Hilfsarbeiterverband. Starker Beifall bewies, daß Kollege Heilmann allen zu Herzen gesprochen hatte. Der Vorsitzende der Steindruck, Kollege Schmitt, gab nochmals die Zustimmung zur Zusammenarbeit und appellierte im Rahmen des Vorgesetzten zum Zusammenschluß. Kollege Roth ermahnte, das Gehörte zu beherzigen und schloß die Versammlung nach Erledigung interner Angelegenheiten.

Rundschau.

Vorbereitung zum Volkswirtschafts-scheid. Der Volkswirtschafts-scheid ist in Vorbereitung und nun gilt es, die Funktionäre der Gewerkschaften und Partei mit der nicht nur umfangreichen, sondern auch sehr komplizierten Materie, die dem kommenden Volkswirtschafts-scheid zugrunde liegt, vertraut zu machen. Zu diesem Zwecke gibt die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes eine ca. 70 Seiten umfassende Broschüre mit dem Titel heraus: „Fürstenanbahnung? Ein Vorschlag zum Volkswirtschafts-scheid“, die an die Organisationsmitglieder zum Preise von 50 Pf. und bei Massenbezug zu noch günstigeren Bedingungen abgegeben wird. Das Material ist von einem Genossen bearbeitet, der nach der Umwälzung zwei Jahre lang im Preussischen Finanzministerium bei der Auseinandersetzung des preussischen Staates mit Wilhelm II. tätig gewesen ist und im besonderen an der Liquidation der Hofverwaltung mitgearbeitet hat. Das in dieser Broschüre zusammengetragene Material wird den Funktionären für die Vorbereitung des Volkswirtschafts-scheid Kampfsargumente und Auffklärung in Hülle und Fülle in die Hand geben.

Wie Direktorengehälter abgebaut werden. In einem rheinisch-westfälischen Unternehmen glaubte man auch die Gehälter der Direktoren abbauen zu müssen. Um aber zu verhindern, daß die Herren das Wohlhabensamt in Anspruch zu nehmen brauchen, soll der Generaldirektor des Wertes, der bisher ein Jahresgehalt von 650 000 Mk. bezog, in Zukunft noch 600 000 Mk. erhalten. Die übrigen Direktoren, die bloß Jahresgehälter von 240 000 Mk. erhielten, sind auf je 216 000 Mk. gesetzt worden. Natürlich sind in diese Summe die sonstigen Nebeneinkünfte, wie Lämmlen, Aufsichtsratsmehrschäden usw., nicht miteinbegriffen. — Damit vergleiche man die beweglichen Klagen der deutschen „Wirtschaftsführer“ über die schlechte Lage der Wirtschaft.

Zum Todestage Friedrich Oberls, der am 28. Februar sich jährt, ist im Verlage der Reichsdruckerei das Bildnis des ersten Reichspräsidenten als Reichsdrucker 981 erschienen. Das 27×34 Zentimeter große Blatt zeigt den mächtigen

Kopf des Verstorbenen in einem fein durchgearbeiteten Originalkupferstich des Berliner Graphikers C. Smith, dessen scharfe, in edelster Technik gegebene Darstellung des Mannes Obert den vielen Freunden des Verstorbenen eine willkommene Gabe von unvergänglichem Werte sein wird. Das Bild kann durch jede Buch- oder Kunsthandlung zum Preise von 2,50 Mk. bezogen werden. Die Vorzugsausgabe mit China-papieraufgabe kostet 5 Mk.

„Die Waffe ist zu dumm!“ Auf dem Gastwirtstages in Breslau konnte man über die Forderung, die Bürger sollten selbst durch das Gemeindebestimmungsrecht über die Zahl der Schanckstätten entscheiden, folgendes hören: „Der Deutsche Gastwirtstages erachtet es für unerantwortlich, die Waffe zum Richter zu machen in einer Angelegenheit, die über das Verständnis der deutschen Wählerklasse hinausgeht...“ Die Waffe ist nach der Ansicht des Gastwirtstages also zu dumm dazu, um über ihr eigenes Wohl zu befinden. Sie muß das freundschaftlich dem Volkshauptkapital, dem die meisten Gastwirte hörig sind, überlassen.

Literatur.

Das Seidener Programm. — Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie. Verlag: J. S. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Preis 1 Mk. Die Broschüre stellt eine Kollektivarbeit dar. Das ist nicht in hohem Maße ihr Vorzug. Nicht wie ehemals kann heute eine einzelne Person die vielen Gebiete politischen Wissens in allen Einzelheiten übersehen, dazu sind die heutigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zu kompliziert. Deshalb wurde die Redigierung der einzelnen Abschnitte des Programms Parteigenossen übertragen, die als besondere Sachkennner der ihnen zur Bearbeitung überwiesenen Kapitel gelten.

„Recht links.“ Die Nr. 4 des republikanischen Wirtschafes „Recht links“ steht unter dem Zeichen der Fürstenanbahnung und der unorganisierten Sozialdemokratie. Gute Redaktionen unterstützen die Wirksamkeit der treuesten, politischen Wirtschafes „Recht links“ bietet pro Nummer 20 Pf. und ist durch jede Buchhandlung, Buchhandlung oder direkt vom Verleger J. S. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, zu beziehen.

Notiz.

Das Verbands-gesamtsprotokoll ist im Druck erschienen. Die besten Exemplare kommen diese Woche zum Verkauf. Weitere Bestellungen nimmt das Bureau des Verbandsvorstandes entgegen.

Abrechnungen.

In der Woche vom 1. bis 6. Februar gingen die Abrechnungen des 4. Quartals aus Berlin und Bielefeld hier ein. An Geldbeträgen kamen aus Nürnberg 7456,— Mk., aus Berlin 2. Rate 484,— Mk., aus Bielefeld Restbetrag 538,84 Mk.
Berlin, den 6. Februar 1926.

J. S. W. Dietz Nachf.

Für die Woche vom 14. bis 20. Februar ist die Beitragsmarke in das mit 7 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder -karte zu kleben.

Unserem lieben Kollegen Ludwig Neumann nebst seiner Frau Gemahlin zu ihrer Hochzeit am 11. Februar die aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche.
Der Vorstand und die Mitgliedschaft der Zahlstelle der Freien Stadt Danzig.

Unserer lieben Kollegin Hedwig Söhnig nebst Gatten zu ihrer Silberhochzeit die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Die Belegschaft der Firma Johannes Pöhler, Dresden, Steindruck-Abteilung.

Unserer werten Kollegin Frieda Neß nebst Bräutigam die besten Glückwünsche zur Hochzeit. Zahlstelle Straßburg.

STERBETAFEL

Am 2. Februar 1926 starb plötzlich und unerwartet unsere liebe Kollegin Frau
Margareta Rühl
(in Firma Vogt & Götter)
im Alter von 27 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
die **Mitgliedschaft Frankfurt a. M.**

Un erwartet verstarb plötzlich unsere liebe und treue Kollegin
Margareta Werner
(in Firma John Fager)
im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen
die **Zahlstelle Hamburg.**

Nach kurzem Krankenlager verstarb unsere liebe Kollegin
Maria Aumüller
(in Firma Lauterborn)
im Alter von 28 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen
die **Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh.**

Richard Götze
(in Firma Sieck & Deurient)
geb. am 11. 8. 1870 zu Beran, verstorben am 26. 1. 1926,
Ella Kittel
(in Firma J. S. W. Dietz)
verstorben am 11. 12. 1925, 85 Jahre alt,
Paul Köcke
(in Firma Dreilöf & Götter)
verstorben am 26. 12. 1925, 45 Jahre alt,
Wilhelm Reinsch
(in Firma C. G. Röber)
geboren am 14. 2. 1861 in Eckinellauß, verstorben
am 19. 1. 1926.

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen
die **Mitgliedschaft der Zahlstelle Leipzig.**

Verantwortlich für Redaktion: A. Schultze Charlottenburg Westschloßstraße 16. Fernspr.: Amt Berlin 1923. Verlag: J. S. W. Dietz, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Bauhof Straße u. Co., Berlin SW. 68.